Ausgabe Nr. 9 / 2003

www.pds-neukoelln.de

Neu-köllnisch

Linkes Informations- und Diskussionsblatt

Zurück in die Politik

Der außerordentliche Bundesparteitag der PDS in Berlin hat Zeichen gesetzt. Inhaltlich und personell.

Nicht alle Probleme der PDS als Bundespartei sind damit gelöst. Viele waren hausgemacht, manche strukturell bedingt. Zumindest

Exklusiv
aus dem Abgeordnetenhaus

sind die Personalquerelen beendet worden. Mit Lothar Bisky und dem neuen Parteivorstand ist ein handlungsfähiger Gremium gewählt worden, der mit den Landesverbänden zusammenarbeitet, nicht über ihnen. Die binnenorientierte, selbstzerstörerische Strömungsauseinandersetzung um Macht und Einfluß in der Partei wird durch eine Hinwendung zur Politik abgelöst. In der Sache kann jetzt gestritten werden.

Ob es für die PDS ein zurück in die Politik auf Bundesebene geben kann, entscheidet sich in naher Zukunft. Die politische Auseinandersetzung um die Agenda 2010 der Bundesregierung, die Alternativkonzepte der PDS sind der erste Lackmustest. Die Verabschiedung eines neuen Programms der PDS, das Strategien bietet für eine sich verändernde Welt, auf dem Chemnitzer Bundesparteitag im Oktober der Zweite. Der Dritte werden die Europa- und Landtagswahlen 2004 sein. Kann die PDS verlorene Glaubwürdigkeit bei den WählerInnen zurückgewinnen? Kommt es in Sachsen und Thüringen zu Regierungswechseln, unter Beteiligung der PDS? Daran wird gearbeitet.

Die Ziele sind hoch gesteckt. Der neue Parteivorstand hat keine leichte Aufgabe. Mein Eindruck ist: er will zurück in die Politik. Das heißt, er will in der Sache und in der Gesellschaft überzeugen, mit Argumenten, mit Alternativen und im Dialog. Gemeinsam, Bund, Länder und Kreise, können wir es schaffen.

Udo Wolf ist seit November 2001 Mitglied des Abgeordnetenhauses. Er arbeitet in den Ausschüssen Inneres, Sicherheit und Ordnung sowie Stadtentwicklung und Umweltschutz. Wolf ist stellvertretender Vorsitzender der PDS Berlin.

Initiativen notwendig, um Ausbildungsplätze zu schaffen

Erstmals ›Roter Tisch‹ im Rathaus Neukölln

Am Freitag, den 29. August, traf sich die PDS Neukölln mit Experten und interessierten Bürgern zum ›Roten Tisch‹ im Rathaus Neukölln. Ausbildungsplätze – das Thema in diesem Jahr in ganz Deutschland, die Runde wollte die Situation im Bezirk beleuchten.

Jugendliche ohne Ausbildungsplatz stehen am Anfang ihres Berufslebens ohne Perspektiven da *Foto: Archiv*

Am roten Tisch saßen Susanne Ahlers, Staatssekretärin beim Senator für Arbeit, Wirtschaft und Frauen, Bärbel Holzheuer-Rothensteiner, Mitglied des Abgeordnetenhauses und Sprecherin der PDS-Fraktion für berufliche Bildung, sowie Jürgen Bielert, Kundenbereichsleiter des Arbeitsamtes Süd. PDS-Bezirksvorsitzende Evrim Baba begrüßte die Gäste und Heinz Schugowski, stellvertretender Bezirksvorsitzender, moderierte die Runde.

Da der beruflichen Ausbildung eine große Bedeutung für die Zukunft unserer Jugendlichen zukommt, fühlt sich die PDS verpflichtet, auch hier politische Verantwortung zu übernehmen. Gespräche mit dem Leiter des Arbeitsamtes Süd, Konrad Tack, hatten ergeben, dass rund 800 Jugendliche im Bezirk ohne Ausbildungsplatz sind. Dazu kommen noch die Überhänge nicht vermittelter Jugendlicher aus dem letzten Jahr. Angesichts dieser Zahl muss über bestehende und neue Konzepte der Ausbildungsplatzförderung diskutiert werden.

Susanne Ahlers berichtete von einer Initiative aus dem Abgeordnetenhaus, die in diesem Jahr gestartet ist, und sich speziell an türkische Unternehmen wendet. Hier ist der Informationsbedarf sehr hoch. Ebenso versuche das Arbeitsamt, so Bielert, Kontakte zu türkischen Unternehmen aufzubauen. Die Ausbildungsbereitschaft sei da, wenn es auch Probleme bei der Ausbildungsberechtigung gäbe. Auch gab Bielert bekannt, dass im Juli 1,6 Prozent weniger Ausbildungsplätze gemeldet worden waren als im vergangenen Jahr zu dieser Zeit. Allerdings würden viele Betriebe und Bewerber sich kurzfristig anmelden, so dass noch keine genauen Zahlen vorhersagbar seien.

Oft divergieren auch die Anforderungen der Unternehmen und die Fähigkeiten der Bewerber. Viele Bewerber hätten schon in ihrer schulischen Ausbildung Defizite besonders im sprachlichen Bereich. Hier seien die Schulen stärker gefordert, so Staatssekretärin Ahlers.

Die zweijährige Berufsausbildung, wie sie ab dem nächsten Jahr unter anderem bei Berufen im Pflegebereich möglich sein soll, war ein weiteres Thema der Expertenrunde. Dies seien zur Zeit ›Sackgassenberufe‹, auf denen nicht weiter aufgebaut werden könne, kritisierte Bärbel Holzheuer-Rothensteiner. Eine Weiterbildung sei deshalb für

▶ *Fortsetzung auf Seite 4*

Nachlese: Was macht Ihr drei eigentlich im Rathaus?

Ein Rückblick auf die letzten Wochen und Monate

Was hat es denn nun für Neukölln gebracht, dass die PDS in Fraktionsstärke in die BVV gewählt wurde? Haben diese drei Leute einen Einfluss, oder hat sich nichts geändert? Fragen, denen man sich stellen sollte.

Nach der letzten Wahl entstand bei der Besetzung der 55 Sitze in der BVV eine Patt-Situation, 21 Verordnete CDU und 21 Verordnete SPD, 5 Verordnete FDP und 5 Verordnete Bü90/ Grünen. Die drei Verordneten der PDS waren auf einmal das Zünglein an der Waage.

Zählgemeinschaft

Da es in diesem Bezirk darum ging, die bisherigen Verhältnisse, verursacht durch jahrelange Vormachtsstellung der CDU zu verändern, bildete sich nach langen Gesprächen eine Zählgemeinschaft, bestehend aus SPD, Bü90/ Grüne und PDS, und wählte den Bürgermeister Herrn Buschkowsky (SPD).

So eine Zählgemeinschaft lebt letztendlich nur vom Geben und Nehmen. Alle Partner sind gleichberechtigt. Anträge und auch notwendige Veränderungen, die umgesetzt werden sollen, brauchen eine Mehrheit in der BVV und diese muss auch in der Zählgemeinschaft erstritten werden.

Erreichtes

Viele guten Dinge sind seit dem gemeinsam auf den Weg gebracht worden.

Wir habe es vermocht, im Haushalt 2002/ 2003 den Großteil der Freier Träger im Sozial- und Jugendbereich zu erhalten und die Versorgung im Bereich Kältehilfe zu sichern. Trotz der immer kritisch werdenden Finanzlage der Bezirke, wollen wir auch für die nächste Haushaltsrunde die Struktur der Freien Träger versuchen zu sichern.

Wir beteiligen uns konstruktiv an der Lösung des Problems der Übertragung der Kitas in Freie Trägerschaft, an der Begleitung des Gutachtens zum Sozialamt, an der Sicherung von Kleingartenflächen im Bezirk und vieles mehr.

Beim Antrag der PDS ›Bargeld statt Gutscheine für Asylbewerber‹ haben wir den Beschluss des Bezirksamtes ausgehebelt, der besagt, dass diese Verfahrensweise rechtswidrig sei. Die Entscheidung wird nun von der Senatsverwaltung getroffen. Wir sind zuversichtlich, dass unserem Antrag statt gegeben wird.

Es ist nicht immer leicht gegen Ungerechtigkeit und auch Bürokratie vorzugehen. Viele Bürger, Initiativen, Vereine und auch Kirchengemeinde wenden sich auch an unsere Geschäftsstelle, wenn sie nicht mehr weiter wissen. Wir nehmen die Hinweise und Kritiken sehr ernst und versuchen zu helfen. So wurde zum Beispiel die Erstantragsstelle des Sozialamtes unter die Lupe genommen und zumindest dafür gesorgt, dass alle diejenigen, die keine Wartenummern mehr bekommen, einen zeitnahen Termin erhalten. In Ausnahmefälle gab es das schon vorher, aber keiner wusste genau wie und wo.

Die gemeinsam erkämpfte Durchfahrsperre von der Sonnenallee zur Karl-Marx-Straße hat eine enorme Verkehrsberuhigung des Richardplatzes zur Folge. Die großen LKWs nutzten diesen Schleichweg, als Abkürzung zur Autobahnauffahrt Grenzallee und verursachten viel Lärm. Auch, wenn diese Sperre erstmal nur für ein halbes Jahr gedacht ist, ist sie der FDP jetzt schon ein Dorn im Auge und sie versuchen dagegen an zu gehen.

Vorhaben

Wir haben weiterhin vor, uns für die Sorgen und Nöte der Neuköllner Bevölkerung einzusetzen, soziale Ungerechtigkeit zu bekämpfen und auch zu versuchen eine Chancengleichheit für alle in Neukölln lebenden Kinder und Jugendlichen, gleich welcher sozialer und nationaler Herkunft, zu befördern.

Besonderes Augenmerk werden wir weiterhin auf das Sozialamt legen. Dieses Amt muss sich den Anforderungen als ›Dienstleister am Kunden‹ stellen. Das zu erwartende Gutachten wird sicherlich sehr dienlich dafür sein.

Bürgerbeteiligung

Sie können sich von unserer Arbeit selbst überzeugen. Nutzen sie alle Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung. Fast alle Ausschüsse tagen öffentlich, auch die BVV. Sprechen sie uns an, auch ihr Anliegen wird uns wichtig sein.

Sylvia Stelz
Fraktionsvorsitzende

Nicht an falscher Stelle sparen

In einer Zeit der MIttelkürzungen ist es notwendig, auf soziale Tabus zu achten. Wir stimmen der Sozialsenatorin zu, wenn sie den Ansinnen der Rürup-Kommission mit ihren Sparvorschlägen entgegen tritt und erklärt: »Zehn Euro Arztbesuchskosten sind nicht zu machen.«

Jahrelang wurde in der Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung um einen Wertausgleich zwischen den Bezirken gestritten. Die sozialen Unterschiede zwischen den auf jetzt zwölf Verwaltungen reduzierten Bezirken sind geblieben. Lediglich der Bevölkerungsanteil ist ausgeglichener.

Es wird weiter mit bezirklichen Durchschnittszahlen operiert, die ein rechtes Erscheinungsbild verschleiern. Eine größere soziale Ausgeglichenheit schafft die Sozialraumbetrachtung. Das Kommunalpolitische Forum e.V. ist auf die soziale und sozialräumliche Ungleichheit in Berlin eingegangen. Nach dem Sozialstrukturatlas, eine weitere Hilfe für die konkrete Arbeit vor Ort.

Bei der Erwerbslosensituation nimmt Neukölln neben Kreuzberg die Spitzenposition ein. Bei der Aufschlüsselung nach Verkehrszahlen weist der Bereich Dammweg eine Arbeitslosigkeit von 25,3 Prozent, Rathaus Neukölln 21,9 Prozent, Leinestraße 21,3 Prozent und im Bereich Utmannstraße 20,8 Prozent aus. Diese vier Bereiche zählen zu den zehn mit Arbeitslosigkeit höchstbelasteten Bereichen Berlins.

Wenn Politiker vom Sparen reden, ist meist Kürzen gemeint ...

Betrachtet man das Gebiet Dammweg, mit seinen zwei Großstadtsiedlungen näher, so weist dieser Bereich mit 12.000 Einwohner, neben Rudow-Süd, die jüngste Einwohner-struktur auf. Das Quartiersmanagement, das Jugendheim an der Grenzallee und die neue Schulaula der alten Zwillingsschule sind nur kleine Hilfen vor Ort.

Die alte ›Sonne‹, das neue Arbeitsamt, das Hotel Estrell und die Zigarettenfabrik mit 1.200 Beschäftigten sind Vorzeigeprojekte, die den heranwachsenen Jugendlichen im Kiez wenig nützen, wenn ihnen Ausbildungs- und Arbeitsplätze versagt bleiben. Hier sind sozialraumorientierte Hilfen angesagt.

Werner Gutsche

»Wir können nicht noch 20 Jahre diskutieren«

PDS-Vorsitzender Lothar Bisky über die Notwendigkeit eines neuen Parteiprogramms

Lothar Bisky, Vorsitzender der PDS und Gabi Zimmer, Vorsitzende der Programmkommission, präsentieren den Entwurf für das neue Programm der PDS *Foto: ND*

Sie haben einen überarbeiteten PDS-Programmentwurf vorgelegt. Steht die PDS vor einer Richtungsentscheidung?

Ich mag die großen Schlagwörter nicht; sie kommen manchmal wie Keulen daher und erklären wenig. Ich würde sagen, wir haben nach etwa sechs Jahren Diskussion einen Entwurf, der die Partei kenntlich macht als demokratisch-sozialistische Kraft. Das ist angemessener.

Sie werden mit einem großen Wort zitiert – früher hätten Sie den Konsens mit den Linken gesucht, aber wer sich jetzt nicht entscheide, vernichte die Partei.

Das ist nun wirklich eine Fehlmeldung. Es ist doch meine Auffassung, dass die ganze PDS aus Linken besteht. Wer in der PDS ist, ist links. Und am Wettbewerb, wer linker ist als andere, beteilige ich mich nicht. Nein, zur Programmdebatte sage ich: Es gibt zwei Wege, diese Partei zu vernichten – nichts zu tun und alles laufen zu lassen oder etwas ganz Falsches zu tun. Ich will aber, dass es der Partei besser geht. Und dafür ist es wichtig, dass wir ein neues Programm annehmen.

Sind Sie im Laufe der Jahre unduldsamer geworden?

Nein. Ich weiß nur, dass wir uns entscheiden müssen. Wer meint, wir müssten noch 20 Jahre über den Entwurf diskutieren, der irrt. Es ist jetzt die Zeit der Entscheidung und nach sechs Jahren Debatte kann keiner sagen, die Sache werde übers Knie gebrochen.

Dennoch gibt es Kritik aus Teilen der PDS. Kalkulieren Sie Parteiaustritte ein?

Ich möchte mit dem Programm mehr Mitglieder gewinnen und hoffe, dass keiner deswegen geht. Aber wir können auch nicht auf die Möglichkeit hin, dass jemand austreten könnte, die Verabschiedung des Programms auf den Sankt Nimmerleinstag verschieben.

Wolfgang Thierse meint, alles Kluge was im PDS-Programmentwurf steht, sei von der SPD abgeschrieben.

Das stimmt nicht. Alles, was darin klug ist, wurde in der PDS durchdiskutiert. Da gibt es viele Dinge, die die SPD niemals schreiben würde. Sie verabschieden sich doch gerade vom demokratischen Sozialismus. Wenn allerdings bei uns eine Idee auftaucht, die dem SPD-Programm nahe steht, dann nehme ich mir nicht den Strick. Es kann inhaltliche Nähe in einzelnen Punkten geben, als Ganzes aber ist der Entwurf das eigenständige Programm einer eindeutig sozialistischen Partei.

Wo ist der entscheidende Unterschied zur SPD-Programmatik?

Wir wollen eine sozialistische, antikapitalistische Programmatik, die nicht etwa mit einer Agenda 2010 die sozial Schwachen zur Kasse bittet. Uns geht es um Chancengleichheit. Das kann doch auch ein Sozialdemokrat wollen. Der kann sich auch gegen die militärische Lösung politischer Konflikte wenden. Dennoch hat seine Partei einen anderen Ansatz als wir.

Sahra Wagenknecht meint, mit dem anvisierten Programm richte sich die PDS im Kapitalismus ein.

Damit kann ich nichts anfangen, das ist mir zu allgemein. Es ist doch nicht wichtig, wie laut ich Antikapitalismus schreie, wie oft ich mich dabei überschlage. Im Entwurf ist eine klare Linie erkennbar – wir wollen keine Dominanz des Profits, wir wollen Mitsprache der Menschen.

Die PDS bleibt beim demokratischen Sozialismus. SPD-Generalsekretär Scholz will sich davon verabschieden und betrachtet ihn als Sprechunfall ...

Scholz will ja auch die Blickrichtung wechseln. Er schaut jetzt lieber in Richtung Agenda 2010. Das heißt, es wird gekürzt bei sozial Schwachen, während man mit der großen Industrie, mit großen Vermögen sehr zart umgeht. Dafür braucht man wirklich keinen demokratischen Sozialismus mehr. Mein Blick geht in eine andere Richtung – wir wollen sozial gerechtere Lösungen und werden dazu Alternativen vorschlagen.

Wie viel Sozialismus ist in der jetzigen Gesellschaft möglich?

Wir verstehen Sozialismus als Wertesystem, als Ziel, aber auch als Weg zu einer solidarischeren, sozial gerechteren Gesellschaft. Konkrete Schritte zu mehr Gerechtigkeit, zu mehr Gleichheit und Freiheit, das sind konkrete demokratisch-sozialistische Schritte. Ich kann und will nicht den Plan einer neuen Gesellschaft vorlegen, sondern wir bestimmen die Richtung, in die es gehen sollte.

Ein neuralgischer Punkt in der PDS-Debatte ist die Bewertung der DDR-Geschichte. Da meinen nicht wenige, der Entwurf zeichne ein negatives Bild.

Das sehe ich nicht. Richtig ist, dass wir eine deutliche Absage an Dinge formulieren, die mit uns nicht mehr zu machen sind. Eine deutliche Kritik bietet aber auch die Chance, glaubwürdig über das Positive in der DDR neu zu diskutieren. Insofern trägt klare Kritik eher zu einem differenzierten Bild bei als Zurückhaltung. Übrigens gehört eine entschiedene Absage an den Stalinismus zum Gründungskonsens der PDS. Damals haben wir auch von Verbrechen gesprochen.

Die PDS auf Gegenkurs zur gegenwärtigen Ostalgiewelle?

Nein, die Ostalgiewelle ist die Vermarktung eines Trends, nämlich des Gegentrends zur Westalgie. Früher hat man die DDR schwarz-weiß gemalt, heute wird sie bunt getüncht. Diese bunte Folie ist nicht die Grundlage, auf der wir über DDR-Geschichte diskutieren sollten.

Im Programmentwurf findet sich die Option auf ein Mitte-Links-Bündnis. Ist das ein Türöffner für eventuelle Regierungsbeteiligungen auf Bundesebene?

Ein Programm gilt für längere Zeit, und in diesem Zeitrahmen lassen wir uns die Möglichkeit offen. Das finde ich richtig.

Interview: ***Wolfgang Hübner***

Wer nicht ausbildet, wird umgelegt!

Appelle an die Wirtschaft blieben ohne Ergebnisse

»Appelle an die Wirtschaft, Clements Bettelreisen, erneute Appelle an die Wirtschaft, eine Ausbildungshotline und wiederholte Appelle an die Wirtschaft – nichts hat durchschlagenden Erfolg gebracht.« In einer Erklärung zum Beginn des Ausbildungsjahres am 1. September kritisierte Katja Kipping, stellvertretende Vorsitzende der PDS, dass »zum Beginn des Ausbildungsjahres haben weit über 140.000 junge Menschen in Deutschland immer noch keinen Ausbildungsplatz.«

Katja Kipping ist stellvertretende Vorsitzende der PDS

Die rot-grüne Regierung verspreche, den Druck auf die Unternehmen zu erhöhen und belasse es nur bei Aufforderungen ohne Biss, die damit ohne Folgen blieben.

»Wenn es der Regierung ernst damit ist, jedem Schulabgänger eine Ausbildungsstelle zu besorgen, darf das ›Druck erhöhen‹ nicht ohne Konsequenz bleiben.« so Kipping weiter. Es müsse endlich ein Gesetz für eine Ausbildungsumlagefinanzierung auf den Weg gebracht werden – um die Ernsthaftigkeit der Bemühungen zu unterstreichen und um wirklich Druck zu machen.

Um die zunehmend tauben Ohren der Unternehmer durchzublasen, braucht es mehr als die vereinzelten Rufe aus der SPD-Linken. Ohne konkretes Gesetz bleibt die Zusicherung des Ministers, jeder Schulabgänger würde ein Stellenangebot erhalten, ein Muster ohne Wert. Was rot-grün bei der Kürzung der Arbeitslosenhilfe leicht von der Hand geht – den Zwang auf die Betroffenen zu erhöhen – sollte doch endlich auch für die ausbildungsunwillige Wirtschaft gelten.

Angesichts der dramatischen Entwicklung kann es im Sinne der aktuell Suchenden und der Sicherung der Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen durch qualifizierten Berufsnachwuchs nur heißen: Ausbildungsumlagefinanzierung jetzt – endlich!

Christoph Nitz

Termine der PDS Neukölln

Bezirksvorstand
5. September, 16 Uhr, 19. September, 15 Uhr, Geschäftsstelle der PDS, Richardplatz 16

Mitgliederversammlung:
19. September, 18 Uhr, ***Thema: ›Macht sparen in berlin einen Sinn?‹ mit Carl Wechselberg (MdA),*** Geschäftsstelle der PDS, Richardplatz 16

Sprechstunde Evrim Baba (MdA)
Geschäftstelle der PDS, Richardplatz 16
18. September von 17-18 Uhr

Infostände – PDS-Neukölln vor Ort:
13. September, 10 Uhr, Alt Rudow

Fraktionssitzungen
15. und 22. September, 18 Uhr, Rathaus Neukölln, Zimmer A 307

BVV
24. September, 17 Uhr, Rathaus Neukölln, BVV-Saal

IMPRESSUM

„Neu-köllnisch“ erscheint monatlich.
Herausgeber: PDS Neukölln,
Geschäftsstelle Richardplatz 16,
12055 Berlin, Tel./Fax: 613 59 19
Auflage dieser Ausgabe: 1.500
V.i.S.d.P.: Dr. Sylvia Stelz
Redaktionsschluss: 28. August 2003
Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht der Ansicht des Herausgebers entsprechen!

Neuköllner Termine für September

Aktionstag auf dem Rathausvorplatz
›Menschen mit Behinderung‹
3. September von 12-18 Uhr

Längste Kaffetafel
Gropiusstadt, Yat-Bam-Platz
7. September, 15 - 17 Uhr

Querflöte & Gitarre im Schloß Britz
19. September, 20 Uhr

20. Singende, klingende Sonnenallee
20. und 21. September

4. Oktoberfest auf der Hermannstraße
27. und 28. September

Erntedankbasar Alt-Buckow
an der alten Dorfkirche, 28. September

Geburtstage

Wir gratulieren recht herzlich:

Klaus Borstelmann
Roman Czyborra
Günay Darici
Renate Irrgang
Björn Sörensen
Helmut Zolchow

Fortsetzung von Seite 1

Initiativen notwendig

die Absolventen nicht möglich. Es gäbe auch Jugendliche, für die aufgrund ihrer Fähigkeiten eine höhere Ausbildung nicht in Frage käme, erläuterte Herr Bielert seine Position. Sie hätten wenigstens in diesen Helferberufen eine Chance.

Zur Sprache kam auch die in der derzeitigen Lage am Arbeitsmarkt erneut diskutierte Ausbildungsplatzabgabe. Betrieben, die ausbilden, solle man Steuern erlassen, statt jene, die nicht ausbilden, zu bestrafen. Eine ›Bestrafung‹ durch die Ausbildungsplatzabgabe mache auch nur als Umlage Sinn, bei der das eingenommene Geld wieder der Schaffung von Ausbildungsplätzen zu Gute käme, so der Tenor auf dem Podium.

Das duale Ausbildungssystem – also Betrieb und Berufsschule – solle auch künftig im Prinzip erhalten bleiben, war man sich weitgehend einig. Dieses System sei allerdings nicht das Non-plus-ultra, weitere Modelle und Ausbildungsformen sollten entwickelt und angeboten werden.

Diese Gesprächsrunde soll keine Eintagsfliege ein. Die PDS-Neukölln will diese Runde auswerten und daran anknüpfend weitere Aktionen starten. Gleichzeitig war der ›Rote Tisch‹ Auftakt einer Veranstaltungsreihe, die quartalsweise stattfinden soll. Um den roten Faden fortzuführen, soll es bei der nächsten Veranstaltung im November um Schule und Bildung in Neukölln gehen.

Julia Wiedemann

Ein Café bietet Arbeit für Analphabeten

Neueröffnung eines besonderen Cafés: Das Stehcafé ›Leib und Seele‹ im Herrnhuter Weg 16 bietet arbeitslosen Analphabeteb einen Arbeitsplatz in der Gastronomie. »Wir hatten kaum Geld, bauten alles in Eigenarbeit« sagt Marie-Luise Oswald, Leiterin des Vereins ›Lesen und Schreiben‹.

Sandwichs, Kuchen, Kaffee oder frisch gepresste Säfte: Der Speiseplan ist ausgewogen, viele Zutaten werden unter biologischen Gesichtspunkten angebaut. Unter der Woche hat das Café von 7.30 bis 17.30 Uhr geöffnet, Frühstück und Mittagessen werden zu günstigen Preisen angeboten.

Mehrere Wochen renovierte der Verein die Räume im Herrnhuter Weg. Zum Umbau gab es lediglich 8.000 Euro Zuschuss vom Senat, der Rest wurde in Eigenleistung erbracht. Im Verein ›Lesen und Schreiben‹ werden arbeitslose Analphabeten für den ersten Arbeitsmarkt vorbereitet. Derzeit nehmen 40 Personen im Alter von 16 bis 50 Jahren an verschiedenen Projekten teil. **(cn)**

›Leib und Seele‹, Herrnhuter Weg 16, 10243 Neukölln